
N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 07.12.2022

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 19:28 Uhr
Sitzungsort: Elbe-Rossel-Halle, Mörikestraße 2, 06862
Dessau-Roßlau

Teilnehmer/-innen: siehe Anwesenheitsliste

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 36 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Fricke, Fraktion der SPD, zieht die unter dem Tagesordnungspunkt 8.40 eingeordnete Fraktionsvorlage 028/2022/SPD „Antrag auf finanzielle Bezuschussung der Möbelbörde in Dessau-Roßlau“ zurück. Eine diesbezügliche Klärung erfolgte in der letzten Sitzung zum Haushalt 2023.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bittet um Änderung der Tagesordnung, da ein Beschluss vorgezogen wurde, der erst durch nachfolgende Beschlüsse untersetzt wird. Er bittet Herrn Hoffmann um weitere Ausführungen.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, beantragt, die Tagesordnungspunkte 8.16 (BV/241/2022/III-66 „Neufassung der Straßenreinigungssatzung“), 8.17 (BV/354/2022/II-EB „Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren für die Jahre 2023 bis 2025“), 8.18 (BV/355/2022/II-EB „3. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung“) und 8.41 (BV/427/2022/II-EB „1. Änderung der Abfallgebührensatzung“) vor dem Tagesordnungspunkt 8.15, BV/395/2022/II EB, Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebes Stadtpflege“ zu behandeln. Die Inhalte der vorzuziehenden Tagesordnungspunkte sind für den Wirtschaftsplan relevant.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, stellt fest, dass der Tagesordnungspunkt 8.41 als neuer Tagesordnungspunkt 8.15 behandelt wird. Tagesordnungspunkt 8.15 wird zum neuen Tagesordnungspunkt 8.19. Alle weiteren Tagesordnungspunkte ver-

schieben sich um einen Punkt. Der Änderung wird zugestimmt (37:00:00), ebenso wird die geänderte Tagesordnung beschlossen (37:00:00).

Während der Behandlung des Tagesordnungspunktes erscheint Herr Hartmann, Fraktion der SPD, zur Sitzung (37).

3 Genehmigung der Niederschrift vom 19.10.2022

Die Niederschrift vom 19.10.2022 wird genehmigt (36:00:01).

4 Verabschiedung Beigeordnete

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck dankt allen Beigeordneten für ihre Arbeit und begrüßt Frau Bürgermeisterin Sabrina Nußbeck. Krankheits- und urlaubsbedingt sind die Beigeordnete Frau Schlonski und Herr Beigeordneter Krause nicht anwesend. Die Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, Frau Schlonski, und der Beigeordnete für, Soziales, Gesundheit und Bildung, Herr Krause, nahmen am 01.01.2016 ihre Tätigkeit auf. Nach erfolgter Wiederwahl nahm Frau Bürgermeisterin Nußbeck etwas später die erneute Tätigkeit als Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen auf.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck führt einige wichtige Punkte an, die in der Amtszeit der Beigeordneten von diesen bearbeitet wurden und wünscht ihnen für die Zukunft alles Gute. Bezüglich der Verabschiedung von Frau Bürgermeisterin Nußbeck verweist er auf die am 16.12.2022 im Anhaltischen Theater stattfindende Abschiedsveranstaltung und auf ihre besonderen Verdienste.

Herr Rumpf, Vorsitzender des Stadtrates, spricht im Namen des Stadtrates allen Beigeordneten für die geleistete Arbeit und ihren Einsatz für die Stadt seinen Dank aus.

Dankende Worte für die geleisteten Arbeiten und alles Gute für die Zukunft werden ebenfalls von den Vorsitzenden der Fraktionen Die Linke, **Herrn Schönemann**, und der Fraktion CDU, **Herrn Adamek**, vorgebracht..

Sie hatte die Chance, die Stadtentwicklung, zunächst in Roßlau, in Dessau und dann in Dessau-Roßlau mitzugestalten, bemerkt **Frau Bürgermeisterin Nußbeck**. Seitens des Stadtrates wurde ihr dreimal das Vertrauen geschenkt, was nicht selbstverständlich ist. Der Stadtrat und die Verwaltung haben gemeinsam viel erreicht. So wurde die Verwaltung aufgebaut, kommunale Unternehmen wurden gegründet und weiterentwickelt, die Städtefusion wurde erfolgreich gemeistert und mit der Konsolidierung besteht ein Gestaltungsspielraum weit über die Erledigung von Pflichtaufgaben hinaus. Des Weiteren wurden große Bauprojekte realisiert oder sind in der Umsetzung.

Das Städtische Klinikum und das Anhaltische Theater haben Strahlkraft über die Stadtgrenze hinaus. Der Stadtpflegebetrieb hat viele zusätzliche Aufgaben in den letzten Jahren erfolgreich übernommen und auch der Eigenbetrieb Dekita ist inzwischen ein Erfolgsmodell. Sie dankt allen, mit denen sie eine vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit gepflegt hat. Die Botschaften, Meinungen und Stimmungen, die vom Stadtrat ausgehen, prägen das Stimmungsbild der Stadt. Ein wertschätzender Umgang von Rat und Verwaltung, eine vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit werden von der Stadtgesellschaft wahrgenommen und strahlen über die Grenzen der Stadt eine Wohlfühlatmosphäre aus. Wer mit offenen Augen durch die Stadt geht, sieht das viele Positive. Sie wünscht allen im Interesse ihrer Heimatstadt eine glückliche Hand für alle Zukunftsprojekte und viel Erfolg, Gesundheit und Wohlergehen.

Während des Tagesordnungspunktes erscheinen Frau Dammann, 1. stellv. Vorsitzende des Stadtrates sowie Herr Präger und Herr Kellner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste zur Sitzung. (40)

5 Berichte des Oberbürgermeisters

5.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck führt aus, dass die wesentlichen Angelegenheiten der Stadt bereits im Tagesordnungspunkt 4 abgehandelt wurden und weitere Dinge nicht auszuführen sind.

5.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt bekannt, dass in der Sitzung des Stadtrates am 19.10.2022 keine nichtöffentlichen Beschlüsse gefasst wurden.

5.3 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt bekannt, dass keine Eilentscheidungen im Berichtszeitraum getroffen wurden.

6 Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16:30 Uhr

Einwohnerfragen liegen nicht vor.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, nimmt Bezug auf die Schlagzeilen der letzten Wochen bezüglich der Dienstleistung und der Aufgabenerledigung der städtischen Verwaltung. Er bittet, die Problematik bezüglich des Wohn- und Erziehungsgeldes in wenigen Tagen zu lösen sowie Frau Paesold um eine Stellungnahme.

Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration, berichtet, dass das am 25.11.2022 verabschiedete Gesetz zur Wohngeldreform bislang noch nicht veröffentlicht wurde und daher nur wenige Informationen zur Umsetzung vorliegen. Die diesbezüglichen Vorbereitungen laufen jedoch trotzdem und Anträge sind bereits eingegangen. Die Bürger können sich über den bereits installierten bundesweiten Wohngeldrechner informieren, ob ein Anspruch besteht. Derzeit wird der Wohngeldbehörde Personal zugeführt. Die technischen Voraussetzungen zur Berechnung des Wohngeldes ab 2023 sind derzeit jedoch noch nicht gegeben.

Auch der Elterngeldstelle wurde Personal zugeführt. Zeitgleich wurde Amtshilfe von Elterngeldstellen in Sachsen-Anhalt in Anspruch genommen. Derzeit läuft die Abarbeitung der Fälle; alle Rückstände konnten jedoch noch nicht bearbeitet werden. Es werden mit Hochdruck die Anträge nach chronologischer Reihenfolge und Anspruchszeitraum abgearbeitet.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, möchte wissen, wie viele ukrainische Flüchtlinge aktuell in Dessau-Roßlau aufgenommen wurden und wie viele davon in Privathaushalten, in der Sporthalle und in Wohnungen untergebracht sind.

Frau Paesold erklärt, dass 1.294 Flüchtlinge aufgenommen wurden, davon befinden sich 115 in der Sporthalle. 284 Wohnungen konnten seitens der Stadt angemietet werden. Seit dem Rechtskreiswechsel der ukrainischen Flüchtlinge am 01.06.2022 in das SGB II bzw. SGB XII besteht die Möglichkeit, Wohnungen privatrechtlich anzumieten. Dies wird von einigen Personen aus der Turnhalle in Anspruch genommen. Die genaue Anzahl wird Frau Paesold nachreichen. Das DORMERO Hotel wurde als Unterkunft aufgegeben. Das Wohnheim in der Randelstraße ist mit 46 Plätzen belegt.

8 Beschlussfassungen

8.1 Wahl des allgemeinen Vertreters des Oberbürgermeisters ab 01.01.2023 Vorlage: BV/376/2022/I-OB

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, gibt die anwesenden Mitglieder der Stimmzählkommission bekannt:

Stadtrat Florian Kellner
Stadträtin Silvia Koschig
Stadträtin Heidemarie Ehlert
Stadtrat Hans Tschammer

Er erfragt die Bereitschaft, wer innerhalb des Stadtrates als fünftes Mitglied in der Stimmzählkommission mitwirken möchte. **Herr Geiger, fraktionsloses Stadtratsmitglied**, signalisiert als einziges Mitglied des Stadtrates seine Bereitschaft.

Abstimmungsergebnis: deutliche Mehrheit

Stadtrat Marcus Geiger ist somit als fünftes Mitglied der Stimmzählkommission berufen.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, gibt das für die Wahlen der in den Tagesordnungspunkten 8.1 bis 8.3 genannten Vertreter des Oberbürgermeisters ab 01.01.2023 geplante Verfahren bekannt.

Im ersten Wahlgang wird der erste Stellvertreter des Oberbürgermeisters gewählt. Auf dem Wahlzettel befinden sich alle vier Dezernenten (André Ulbrich, Jacqueline Lohde, Eter Hachmann, Stefan Horváth), jedes Mitglied kann eine Stimme vergeben. Als gewählt gilt die Person, auf die mindestens 21 der Stimmen entfallen (bei 40 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern).

Es erfolgt die Ausgabe der Stimmzettel und die Wahlhandlung.

Nach Auszählung der abgegebenen Stimmen durch die Zählkommission, gibt der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, folgendes Ergebnis bekannt:

Abgegebene Stimmen: 40

Davon entfallen auf **Frau Jacqueline Lohde 29 Stimmen**. Damit ist **Frau Jacqueline Lohde** als allgemeine Vertreterin des Oberbürgermeisters **gewählt**. Frau Lohde nimmt die Wahl an.

Beschluss:

Der Stadtrat wählt aus den für die Zeit ab 01.01.2023 gewählten vier Beigeordneten

Frau Jacqueline Lohde

als allgemeinen Vertreter des Oberbürgermeisters. Die Beigeordnete trägt die Amtsbezeichnung „Bürgermeisterin“.

Herr Puttkammer, Fraktion der CDU, erscheint um 16:44 Uhr zur Sitzung (41).

8.2 Wahl des zweiten Vertreters des Oberbürgermeisters ab 01.01.2023 Vorlage: BV/377/2022/I-OB

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, erklärt, dass sich nunmehr drei Namen (André Ulbrich, Eter Hachmann, Stefan Horváth) auf dem Wahlzettel befinden. Jedes Mitglied des Stadtrates kann eine Stimme vergeben. Als gewählt gilt die Person, auf die mindestens 21 der Stimmen entfallen (bei 41 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern).

Es erfolgt die Ausgabe der Stimmzettel und die Wahlhandlung.

Nach Auszählung der abgegebenen Stimmen durch die Zählkommission, gibt der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, folgendes Ergebnis bekannt:

Abgegebene Stimmen: 41

Die absolute Mehrheit wurde im ersten Wahlgang nicht erreicht. Somit ist ein zweiter Wahlgang erforderlich, bei dem lediglich die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen zur Wahl des zweiten Vertreters führt.

Es erfolgt die Ausgabe der Stimmzettel für den zweiten Wahlgang und die Wahlhandlung.

Stadtrat Fricke, Fraktion der SPD, stellt den Geschäftsordnungsantrag, dass der Vorsitzende des Stadtrates das genaue Wahlergebnis bekanntzugeben hat.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, gibt bekannt, dass Herr Stefan Horváth 19 Stimmen, Frau Eter Hachmann 16 Stimmen und Herrn André Ulbrich 6 Stimmen im ersten Wahlgang erhalten haben.

Nach Auszählung der abgegebenen Stimmen durch die Zählkommission, gibt der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, folgendes Ergebnis für den zweiten Wahlgang bekannt:

Abgegebene Stimmen: 41

Im zweiten Wahlgang wurde Stimmgleichheit zwischen Herrn Stefan Horváth und Frau Eter Hachmann erreicht. Auf Herrn André Ulbrich entfallen weniger Stimmen. Somit entscheidet das Los zwischen Herrn Horváth und Frau Hachmann.

Der **Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf**, zieht ein Los aus dem bereitgestellten Glas, ohne diese zu betrachten. Das Los fällt auf **Frau Eter Hachmann** als zweite Vertreterin des Oberbürgermeisters. Frau Hachmann nimmt die Wahl an.

Beschluss:

Der Stadtrat wählt aus den für die Zeit ab 01.01.2023 gewählten vier Beigeordneten

Frau Eter Hachmann

als zweiten Vertreter des Oberbürgermeisters.

**8.3 Wahl des dritten und vierten Vertreters des Oberbürgermeisters ab 01.01.2023
Vorlage: BV/378/2022/I-OB**

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, erklärt, dass sich nunmehr zwei Namen (Stefan Horváth, André Ulbrich) auf dem Wahlzettel befinden. Jedes Mitglied des Stadtrates kann eine Stimme vergeben. Als gewählt gilt die Person, auf die mindestens 21 der Stimmen entfallen (bei 41 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern).

Es erfolgt die Ausgabe der Stimmzettel und die Wahlhandlung.

Nach Auszählung der abgegebenen Stimmen durch die Zählkommission, gibt der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Rumpf**, folgendes Ergebnis bekannt:

Abgegebene Stimmen: 41

Davon entfallen auf **Herrn Stefan Horváth 26 Stimmen**. Damit ist **Herr Stefan Horváth** zum dritten Vertreter des Oberbürgermeisters **gewählt**. Mit **15 Stimmen** ist **Herr André Ulbrich** zum vierten Vertreter des Oberbürgermeisters **gewählt**.

Herr Horváth nimmt die Wahl an. Herr Ulbrich ist nicht anwesend.

Beschluss:

Der Stadtrat wählt aus den für die Zeit ab 01.01.2023 gewählten vier Beigeordneten

Herrn Stefan Horváth

als dritten Vertreter des Oberbürgermeisters.

Im Ergebnis der Wahlen des ersten, zweiten und dritten Vertreters des Oberbürgermeisters ist

Herr André Ulbrich

der/die vierte Vertreter/Vertreterin des Oberbürgermeisters.

Im Anschluss erfolgt die Gratulation der gewählten Vertreter des Oberbürgermeisters.

8.4 Haushaltskonsolidierungskonzept 2023 und Folgejahre Vorlage: BV/343/2022/II-20

Die Tagesordnungspunkte **8.4 und 8.5 werden gemeinsam behandelt.**

Die von **Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen**, gemachten Ausführungen zum Haushalt 2023 und zum Konsolidierungskonzept 2023 sind der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bedankt sich für die kooperative Zusammenarbeit aller Fraktionen bei der Entscheidung über die einzelnen Haushaltsbereiche. Als Basis für die systematische Vorgehensweise in allen Politikbereichen ist für seine Fraktion ihr Wahlprogramm von 2019. Für die Fraktion Die Linke ist es wichtig, eine vertrauenswürdige Konstellation über den Haushalt zu transportieren, ökonomisch vertretbare, sinnvolle Entscheidungen zu treffen, Aspekte sozial gerecht zu gestalten und ökologisch nachhaltig zu agieren. Er benennt für seine Fraktion wichtige Aspekte aus dem sozialen Bereich.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, stellt den Geschäftsordnungsantrag, über die Beschlussvorlagen abzustimmen, nachdem im Vorfeld ausgiebig darüber beraten wurde.

Stadtrat Schönemann erklärt abschließend, dass seine Fraktion dem Haushalt zustimmen wird, der Konsolidierung jedoch nicht.

Abstimmungsergebnis über den
Geschäftsordnungsantrag: 31:06:03

Frau Ehlert, Fraktion Die Linke, kritisiert die Beendigung der Debatte.

Der Stadtratsvorsitzende stellt fest, dass mehrheitlich dem Geschäftsordnungsantrag zugestimmt wurde.

Nach Meinung von **Stadtrat Schönemann** sollte ein Weg gefunden werden, respektvoll miteinander umzugehen. Er moniert mit seinem Geschäftsordnungsantrag, dass Abstimmung erfolgte, ohne die Gegenstimme von Stadträtin Ehlert zu hören.

Herr Fricke, Fraktion der SPD, erklärt, dass nach § 11 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Stadtratsvorsitzende nach dem Antrag auf Schluss der Aussprache und Abstimmung die noch vorliegenden Wortmeldungen bekanntzugeben und dem An-

tragsteller das Wort für eine kurze Begründung zu erteilen hat. Mit dem Geschäftsordnungsantrag lassen sich vorherige Wortmeldungen nicht unterbinden.

Der Stadtratsvorsitzende erklärt, dass lediglich Stadtrat Schönemann auf der Rednerliste vermerkt ist und weitere Wortmeldungen nicht erhoben wurden. Der Geschäftsordnungsantrag wurde von Stadtrat Mrosek begründet und Abstimmung erfolgte, sodass man sich nunmehr im Abstimmungsverfahren befindet. Der durch Stadtrat Schönemann angekündigte Redebeitrag von Stadträtin Ehlert kann nicht als Wortmeldung gewertet werden.

Beschluss:

Das Haushaltskonsolidierungskonzept 2023 und Folgejahre einschließlich Änderung (Anlage 7) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 33:03:05

8.5 Haushaltssatzung 2023, Haushaltsplan 2023, Stellenplan 2023 Vorlage: BV/342/2022/II-20

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, unterbricht die Sitzung um 18:12 Uhr für eine Pause.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2023 (und damit den Ergebnisplan 2023, den Finanzplan 2023, die Teilpläne 2023 und den Stellenplan 2023) einschließlich der in den Haushaltsberatungen abgestimmten Änderungen (siehe ab Anlage 6).

Abstimmungsergebnis: 39:01:01

8.6 2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/404/2022/I-07

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, setzt die Sitzung um 18:33 Uhr fort. Während der Pause haben Stadtrat Frisch, Fraktion der AfD, Stadtrat Weber, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, Stadtrat Schönemann, Fraktion Die Linke und Stadträtin Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste, die Sitzung verlassen (37).

Zu Tagesordnungspunkt 8.6 erfolgten keine Wortmeldungen, sodass der Stadtratsvorsitzende die Beschlussvorlage zur Abstimmung bringt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die 2. Änderungssatzung zur Hauptsatzung für die Stadt Dessau-Roßlau (Anlage 2).

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

8.7 Änderung der Konzessionsverträge (Beschlusspunkte 1 bis 6) durch Abschluss von Nachtragsvereinbarungen Vorlage: BV/416/2022/I-30

Beschluss:

1. Der Nachtragsvereinbarung zum Gaskonzessionsvertrag mit der Gasversorgung Dessau GmbH betreffend das Stadtgebiet Dessau, das Stadtgebiet Roßlau sowie die Ortsteile Rodleben und Mühlstedt (**Anlage 2**) wird zugestimmt.
2. Der Nachtragsvereinbarung zum Gaskonzessionsvertrag mit der Gasversorgung Dessau GmbH betreffend die Ortsteile Streetz/Natho und Kleutsch (**Anlage 3**) wird zugestimmt.
3. Der Nachtragsvereinbarung zum Stromkonzessionsvertrag mit der Dessauer Stromversorgung GmbH betreffend die Stadtteile Dessau und Roßlau mit Ausnahme der Ortsteile Brambach, Rodleben, Streetz, Mühlstedt, Sollnitz und Kleutsch (**Anlage 4**) wird zugestimmt.
4. Der Nachtragsvereinbarung zum Stromkonzessionsvertrag mit der Dessauer Stromversorgung GmbH betreffend die Ortsteile Brambach, Rodleben, Streetz, Mühlstedt, Sollnitz und Kleutsch (**Anlage 5**) wird zugestimmt.
5. Der Nachtragsvereinbarung zum Fernwärmekonzessionsvertrag mit der Fernwärmeversorgung GmbH betreffend dem Stadtteil Dessau (**Anlage 6**) wird zugestimmt.
6. Der Nachtragsvereinbarung mit der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH zum Wasserkonzessionsvertrag betreffend das Stadtgebiet der Stadt Dessau-Roßlau (**Anlage 7**) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

8.8 Abschluss eines Fernwärme-Gestattungsvertrages für den Stadtteil Roßlau Vorlage: BV/417/2022/I-30

Beschluss:

Dem Abschluss eines Fernwärme-Gestattungsvertrages mit der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH (Anlage 2) für das Stadtgebiet Roßlau wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

8.9 Durchführung eines Widerspruchsverfahrens **Vorlage: BV/420/2022/I-30**

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gegen die Beanstandungsverfügung der oberen Kommunalaufsicht vom 04.11.2022 (Eingang 08.11.2022) bezüglich der Neufassung der Entschädigungssatzung Widerspruch einzulegen (Anlage 2).
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Rechtsanwaltskanzlei Kurz & Schmuck, Springerstraße 11 in 04105 Leipzig zu beauftragen, die Widerspruchsbegründung zu fertigen und die Interessen der Stadt Dessau-Roßlau dabei zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

8.10 Eintrittspreise und Entgelte für den Tierpark Dessau / Lehrpark für Tier- und Pflanzenkunde **Vorlage: BV/338/2022/I-41**

Beschluss:

1. Die vorgeschlagenen Eintrittspreise und Entgelte sowie Ermäßigungsregelungen für den Tierpark Dessau werden beschlossen. Sie treten ab 01.01.2023 in Kraft. Die bislang geltenden Eintrittspreise und Entgelte für den Tierpark Dessau treten außer Kraft.
2. Am ersten Montag im Monat zahlen Besucher (Erwachsene, Ermäßigte, Kinder) den halben Eintrittspreis für das Tagesticket.
3. In begründeten Ausnahmefällen, zur Gestaltung zoopädagogischer Angebote und für gemeinnützige Zwecke kann die Leitung des Kulturamtes nach pflichtgemäßem Ermessen Einzelfallentscheidungen über die Erhebung, die Ermäßigung oder den Verzicht von Entgelten treffen.
4. Bei Veranstaltungen liegt es im Ermessen der Leitung des Kulturamtes, einen Aufschlag auf den Eintrittspreis zu erheben.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

**8.11 Fortführung des "Förderprogramms zur Ansiedlung junger Familien" in Dessau-Roßlau im Bereich Versorgung mit Bauland
Vorlage: BV/083/2022/I-80**

Herr Adamek, Fraktion der CDU, bedankt sich für die Verlängerung des Förderprogramms und äußert die Hoffnung, dass dieses noch für lange Zeit erhalten bleibt.

Beschluss:

1. Die Stadt Dessau-Roßlau führt das am 10.04.2019 (BV/441/2018/IV-80) beschlossene „Förderprogramm zur Ansiedlung junger Familien“ zur Bereitstellung eines Zuschusses für bauwillige Familien bis zum 31.12.2023 fort.
2. Das Förderprogramm wird dahingehend ergänzt, dass die Einkommenshöhe beim zu versteuernden Jahreseinkommen maximal 90.000 Euro bei einem Kind unter 18 Jahren zuzüglich 15.000 Euro je weiterem Kind unter 18 Jahren betragen darf.
3. Zur Weiterführung des Förderprogramms wird in den städtischen Haushalt für das Jahr 2023 ein Zuschuss in Höhe von je 25.500 € eingestellt.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**8.12 Bewirtschaftung der Sporthalle der Sekundarschule „An der Biethé,,
Vorlage: OR/001/2022/OR Ross**

Beschluss:

1. Sekundarschule „An der Biethé“ durch die Stadt Dessau-Roßlau
2. Zeitnahe Entscheidung für ein Nachnutzungskonzept der Sekundarschule „An der Biethé“ nach Umzug in das Haus 1 nach der Generalsanierung.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**8.13 Stellungnahme zum Bericht über die überörtliche Prüfung der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Schwerpunkt Personalprüfung durch den Landesrechnungshof Sachsen-Anhalt vom 29.11.2021
Vorlage: BV/330/2022/II**

Herr Fricke, Fraktion SPD, verweist darauf, dass der Prüfbericht, was die Örtliche Verwaltung Rodleben und die Führung durch den Ortsbürgermeister betrifft, schon in

der Öffentlichkeit diskutiert wird. In seinen Ausführungen legt er die rechtliche Würdigung des Landesrechnungshofes, die in diesem Bericht enthalten ist, zugrunde.

2005 fand die Eingemeindung der Gemeinde Rodleben, damals unter Geltung der alten Gemeindeordnung, statt. Es wurde eine Örtliche Verwaltung, damals zulässig, gebildet. Es gab einen Gebietsänderungsvertrag, Letters of Intent (LOI) zu diesem Änderungsvertrag. In einem LOI, so ist es im Prüfbericht zitiert, war vereinbart, dass der Ortsbürgermeister die Örtliche Verwaltung leiten soll. Dieser LOI ist nicht Gegenstand des Gebietsänderungsvertrages geworden. Ein Grund könnte sein, dass der Gebietsänderungsvertrag öffentlich bekanntzumachen war und solche LOI's nicht. Es wurde dann die Entschädigungssatzung so geändert, dass der Ortsbürgermeister die doppelte Entschädigung eines anderen Ortsbürgermeisters dafür erhält, dass er ehrenamtlich diese Örtliche Verwaltung führt. 2010 kam durch eine Verfügung des Oberbürgermeisters ein Verdienstausfallersatz hinzu.

2014 trat das KVG in Kraft. Die wesentliche Änderung in diesem Zusammenhang war, dass es keine örtlichen Verwaltungen mehr gibt und demzufolge auch keine Leiter. Dennoch wurde das Konstrukt so fortgeführt, aber anscheinend auch Handlungsbedarf gesehen, denn 2015 wurde das Referat 09 gebildet, der Ortsbürgermeister wurde immer noch ohne Planstelle ehrenamtlich als Leiter des Referates eingesetzt und auch die Entschädigung wurde so fortgesetzt. 2016 hat sich das Rechnungsprüfungsamt der Stadt mit diesen Vorgängen befasst und ist zu dem Schluss gekommen, dass diese Verfahrensweise dazu führt, dass der Ortsbürgermeister, wenn er so beschäftigt wird, nicht Mitglied des Stadtrates sein kann. Wesentlich ist, dass 2016 das Rechnungsprüfungsamt der Stadt eine Prüfung vorgenommen hat und zu dem geschilderten Ergebnis gelangt ist. Dieser Bericht ist intern geblieben. Er wurde nie dem Rechnungsprüfungsausschuss, dem Haupt- und Personalausschuss und dem Stadtrat vorgelegt und wurde somit nicht öffentlich. 2021 hat die Stadt den Prüfbericht des Landesrechnungshofes erhalten, der sich dem Ergebnis des Prüfberichtes des Rechnungsprüfungsamtes anschließt und feststellt, dass das gesamte Vorgehen seit 2014 rechtswidrig war (die ehrenamtliche Leitung einer Verwaltung, die Existenz der örtlichen Verwaltung an sich, die Entschädigung, der Verdienstausfall und die Mitgliedschaft des Ortsbürgermeisters im Stadtrat).

Es kann festgestellt werden, dass Ausgangspunkt ein LOI war, wo Sonderrechte für einen Ortsbürgermeister, trotz Vorliegen eines Berichtes des Rechnungsprüfungsamtes, der das für rechtswidrig hielt, geschaffen wurden. Die Aussage, dass das der Preis für die Eingemeindung in die Stadt war, stellt keine Rechtfertigung für diesen Umgang mit den geltenden gesetzlichen Vorschriften dar. Trotz Vorliegen eines Prüfergebnisses wurde nicht gehandelt.

Der Stadtrat kann sich auch nicht ganz frei davon sprechen, denn, wenn der Landesrechnungshof und das Rechnungsprüfungsamt Recht haben und die Vorgehensweise dazu führt, dass der Ortsbürgermeister nicht Stadtratsmitglied sein kann, war auch der Stadtrat zum Handeln verpflichtet, was sich aus dem KVG ergibt. Er hofft, dass sich dieser Problempunkt im Januar erledigt, da zum 1. Januar diese Verfahrenswei-

se aufgehoben wird, was zeigt, dass die Verwaltung die Ansichten des Landesrechnungshofes zu teilen scheint.

Diese Vorgänge können nicht einfach ad acta gelegt werden, sondern es muss geklärt werden, warum der Bericht niemandem zur Kenntnis gegeben wurde. Er bittet darum, diese Angelegenheit zu überdenken. Der Stellungnahme zum Bericht kann zugestimmt werden, weil die Stadtverwaltung jetzt die Konsequenzen zieht, indem es keine Örtliche Verwaltung mehr geben wird, sondern eine Außenstelle der Kernverwaltung, die von einem städtischen Mitarbeiter geführt wird, was schon vor 6 Jahren hätte erfolgen müssen.

Die beiden Funktionen hätten nicht gleichzeitig ausgeführt werden dürfen, stellt **Frau Ehlert, Fraktion Die Linke**, fest. Über die ganzen Jahre gab es aber die Person des Vorsitzenden des Stadtrates, weshalb das Rechtsamt prüfen müsste, welche rechtlichen Konsequenzen sich daraus bezüglich der seit 2016 gefassten Beschlüsse ergeben.

Herr Fricke, Fraktion SPD, erwidert, dass im § 42 des KVG geregelt ist, dass, wenn dieser Fall eintritt, auch wenn das erst später bemerkt wird, die Vertretung unverzüglich feststellt, dass das so ist. Weiter heißt es im Gesetz, dass durch das Ausscheiden eines ehrenamtlichen Mitgliedes der Vertretung die Rechtswirksamkeit seiner bisherigen Tätigkeit nicht berührt wird. Somit werden keine diesbezüglichen Probleme gesehen.

Beschluss:

Der Stellungnahme zum Prüfbericht des Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung der Stadt Dessau-Roßlau mit dem Schwerpunkt „Personalprüfung“ vom 29.11.2021 gemäß Anlage 2 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 35:00:02

8.14 Risikoanalyse mit Brandschutzbedarfsplan der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/259/2022/II-37

Beschluss:

Die überarbeitete Risikoanalyse mit Brandschutzbedarfsplan der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

8.15 Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebes Stadtpflege
Vorlage: BV/395/2022/II-EB

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.19 behandelt.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Stadtpflege für das Wirtschaftsjahr 2023 wird gemäß Anlage 2 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

8.16 Neufassung der Straßenreinigungssatzung
Vorlage: BV/241/2022/III-66

Beschluss:

Die Neufassung der Straßenreinigungssatzung in der Stadt Dessau-Roßlau wird in der Fassung gemäß der Anlagen 2 und 3 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

8.17 Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren für die Jahre 2023 bis
2025
Vorlage: BV/354/2022/II-EB

Beschluss:

Die Kalkulation der Straßenreinigungsgebühren gemäß Anlage 2 für die Jahre 2023 bis 2025 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

8.18 3. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: BV/355/2022/II-EB

Beschluss:

Die 3. Änderung der Satzung über die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Dessau-Roßlau (Straßenreinigungsgebührensatzung) gemäß Anlage 2 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

8.19 2. Novellierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses STARK III zur All-
gemeinen und Energetischen Sanierung des Hortes "Waldwichte",
Fliederweg 10 einschließlich der Außenanlagen und Ausstattung
Vorlage: BV/383/2022/II-DKT

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.20 behandelt.

Beschluss:

1. Der Ausgabebedarf für die energetische und allgemeine Sanierung einschließlich der Außenanlagen und Ausstattung des Hortes „Waldwichtel“ werden um 131.300 EUR erhöht und mit dem neuen Gesamtausgabebedarf in Höhe von 4.631.900 EUR beschlossen.
2. Zur Sicherung der Gesamtfinanzierung wird für den Haushalt 2022 eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 131.300 EUR beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck nimmt nicht an der Abstimmung teil.

8.20 3. Novellierung des Maßnahmebeschlusses im Rahmen STARK III zur
allgemeinen und energetischen Sanierung der Kita "Bremer Stadt-
musikanten"
Vorlage: BV/384/2022/II-DKT

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.21 behandelt.

Beschluss:

1. Der Ausgabebedarf für die energetische und allgemeine Sanierung der Kita „Bremer Stadtmusikanten“ und der Ergänzungsmaßnahme Außenanlagen und Ausstattung wird um 257.300 EUR erhöht und mit dem neuen Gesamtausgabebedarf in Höhe von 5.726.600 EUR beschlossen.
2. Zur Sicherung der Gesamtfinanzierung wird für den Haushalt 2022 eine überplanmäßige Auszahlung von 257.300 EUR genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck nimmt nicht an der Abstimmung teil.

8.21 Wirtschaftsplan 2023 für den Eigenbetrieb Anhaltisches Theater Dessau **Vorlage: BV/392/2022/II-ATD**

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.22 behandelt.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2022 für den Eigenbetrieb Anhaltisches Theater Dessau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck nimmt nicht an der Abstimmung teil.

8.22 Ausweisung von Fördergebieten der Städtebauförderung **Vorlage: BV/388/2022/III-61**

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.23 behandelt.

Beschluss:

1. Nachfolgende genannte Städtebaufördergebiete werden als Gebiete festgelegt, in denen Maßnahmen der Städtebauförderung durchgeführt werden sollen. Die räumliche Abgrenzung erfolgt gemäß Anlage 2.

- Fördergebiet **Sozialer Zusammenhalt** - Festlegung als Maßnahmegebiet nach §171e Absatz 3 BauGB
 - „Dessau-Innenstadt“ (Fläche 379,7 ha)
- Fördergebiete **Wachstum und nachhaltige Erneuerung** - Festlegung als Stadtumbaugebiet nach §171b BauGB
 - „Österreichviertel“ (Fläche 36,9 ha)
 - „Paulickring/ Nordstraße Roßlau“ (Fläche 37,6 ha)
 - „Westliche Altstadt Roßlau“ (Fläche 101,0 ha).

2. Der Beschluss ist ortsüblich und im Internet bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:00

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck nimmt nicht an der Abstimmung teil.

**8.23 Sachlicher Teilplan „Windenergie 2027 in der Planungsregion Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg“ – Stellungnahme der Stadt Dessau-Roßlau zur Flächenkulisse der Windenergiegebiete
Vorlage: BV/387/2022/III-61**

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.24 behandelt.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die in den Anlagen 3 ff beigefügten Stellungnahmen der Verwaltung, der Ortschaftsräte und Stadtbezirksbeiräte zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, sie der Geschäftsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg fristwahrend bis zum 23. Dezember 2022 zukommen zu lassen.

Abstimmungsergebnis: 31:00:05

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck nimmt nicht an der Abstimmung teil.

**8.24 Änderungsbebauungsplan Nr. 101 D/D1-B "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet D/D1 - Fachmarktzentrum Mannheimer Straße – Teilplan B“ - Billigungs- und Auslegungsbeschluss
Vorlage: BV/352/2022/III-61**

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.25 behandelt.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, das Aufstellungsverfahren für den Änderungsbebauungsplan Nr. 101 D/D1 "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet D/D1 – Fachmarktzentrum Mannheimer Straße" in drei voneinander getrennten Verfahren entsprechend der Dringlichkeit fortzuführen. Dringender Aufstellung bedarf der Teilplan B (Anlage 2).
2. Die in den Anlagen 3 bis 7 beigefügten Unterlagen
 - Entwurf des Änderungsbebauungsplans Nr. 101 D/D1-B "Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet D/D1 - Fachmarktzentrum Mannheimer Straße – Teilplan B" in der Fassung vom 30.09.2022 (Anlage 3),
 - der Entwurf der dazugehörigen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 4) einschließlich seiner Anhänge (Anlagen 4.1 bis 4.3),
 - der Übersicht der vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen und Arten umweltbezogener Stellungnahmen (Anlage 5),
 - den Auszug aus dem Entwurf des Zentren- und Einzelhandelskonzeptes, den Ergänzungsstandort Mannheimer Straße betreffend (Anlage 6) und
 - der im Geltungsbereich des Teils B aufzuhebende Bebauungsplan Nr. 101 Teilgebiet D/D1 „Gewerbegebiet Dessau-Mitte, Teilgebiet D/D1“ (Ursprungsbebauungsplan – Anlage 7)werden gebilligt und zur öffentlichen Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und zur Behördenbeteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB bestimmt. Die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wird beschlossen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den Beschluss sowie die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit ortsüblich bekannt zu machen. Der Inhalt der ortsüblichen Bekanntmachung und auszulegenden Unterlagen sind zusätzlich auf der Internetseite der Stadt Dessau-Roßlau einzustellen und über das zentrale Internetportal des Landes zugänglich zu machen.

Abstimmungsergebnis: 32:00:04

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck nimmt nicht an der Abstimmung teil.

8.25 Bodenordnungsverfahren Bornum – Gemeindegrenzänderung Vorlage: BV/165/2022/III-66

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.26 behandelt.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau stimmt auf der Grundlage des § 58 Abs. 2, Satz 1 Flurbereinigungsgesetz der vorgeschlagenen Änderung der Gemeindegrenzen gemäß Flurbereinigungsplan zu.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**8.26 Streetzer Brücke 2. Bauabschnitt Lückenschluss – Maßnahmebe-
schluss –
Vorlage: BV/368/2022/III-66**

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.27 behandelt.

Beschluss:

1. Der Neubau der „Streetzer Brücke, 2. Bauabschnitt (BA) Lückenschluss“ wird mit den Gesamtkosten von 2.295.800 € realisiert.
2. Die Freigabe der finanziellen Mittel in Höhe von 1.747.300 € und Verpflichtungsermächtigung (VE) 454.500 € ist als Fortsetzungsmaßnahme, auch vor Genehmigung des Haushaltes 2023, spätestens in der 2. Kalenderwoche 2023 zu erteilen, um die langfristig angemeldeten Sperrtermine der DB AG im April 2023 sicherstellen zu können.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**8.27 Mitgliedschaft in Gewässerunterhaltungsverbänden
Vorlage: BV/407/2022/III-66**

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.28 behandelt.

Beschluss:

Die Stadt Dessau-Roßlau schlägt, bedingt durch personelle Veränderungen, die im Folgenden benannten Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung zur Nachwahl in die Organe der auf dem Gebiet der Stadt-Dessau-Roßlau tätigen Gewässerunterhaltungsverbände vor:

UHV Taube-Landgraben:	Verbandsversammlung- Herr Lehmann Stellvertreterin- Frau Szmais
UHV Nuthe/Rossel:	Verbandsversammlung- Frau Schwarz Stellvertreter- Herr Schlegel

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

8.28 Änderung der Satzung der Volkshochschule der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/309/2022/V-40

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.29 behandelt.

Beschluss:

Die Änderung der Satzung der Volkshochschule der Stadt Dessau-Roßlau wird beschlossen. Die Satzung tritt am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

8.29 Aufhebung der Satzung für die Stadtbildstelle der Stadt Dessau-Roßlau einschließlich der Kostensatzung zum 01.01.2023
Vorlage: BV/353/2022/V-40

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.30 behandelt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Aufhebungssatzung für die Satzung der Stadtbildstelle der Stadt Dessau-Roßlau vom 30.04.2000 einschließlich die Aufhebung der dazugehörigen Kostensatzung vom 30.04.2000, geändert am 01.01.2002.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

8.30 Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben im Deckungskreis 5912 - Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, AsylbLG u.a.
Vorlage: BV/347/2022/V-50

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.31 behandelt.

Beschluss:

Die überplanmäßigen Ausgaben im Deckungskreis 5912 - Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, AsylbLG u.a. werden in Höhe von 4.300.000 € genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 31:05:01

**8.31 Anpassung der Angemessenheitswerte für die Bruttokaltmiete und Beurteilung der Angemessenheit von Heizkosten gem. § 22 Sozialgesetzbuch II. Buch (SGBII) und § 35 Absatz 1 Satz 1 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII)
Vorlage: BV/317/2022/V-50**

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.32 behandelt.

Frau Perl, Fraktion der SPD, begrüßt die Anhebung der Brutto-Kaltmieten, ebenso wie das Abrücken von dem ungeeigneten Instrument des Heizspiegels. Sie weist auf den ebenfalls durch den Leerstand verursachten erhöhten Heizkostenbedarf hin. Diese Kosten sollten teilweise durch die Stadt mitgetragen werden.

Beschluss:

1. Der Anpassung der Angemessenheitswerte für die Bruttokaltmieten ab 01.05.2022 und für Heizkosten ab 01.10.2022 (Anlage 2) wird zugestimmt.
2. Dem Verfahren zur aktuellen Beurteilung zur Angemessenheit der Heizkosten wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

**8.32 Aufhebung des Maßnahmebeschlusses zur energetischen und allgemeinen Sanierung der Kindertageseinrichtungen "Wirbelwind 1+2" des Behindertenverbandes Dessau e. V
Vorlage: BV/148/2022/V-51**

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.33 behandelt.

Beschluss:

1. Der Beschluss BV/409/2020/V-51 zur Förderung des Projektes „Sanierung der Kindertageseinrichtung „Wirbelwind 1 + 2“ des Behindertenverbandes Dessau e. V.“ am Standort Radegaster Straße 1 in 06842 Dessau-Roßlau wird aufgehoben.
2. Für die bereits in den Jahren 2017 und 2020 gezahlten Investitionszuweisungen in Höhe von 456.000 € wird ein außerplanmäßiger Aufwand zur Refinanzierung von Planungsaufwand im Ergebnishaushalt 2022 genehmigt.
3. Die aus der Weiterführung der Planungsarbeiten entstandenen Kosten in Höhe von 318.120,97 € werden dem Behindertenverband Dessau e.V. aus kommunalen Mitteln erstattet.

4. Die außerplanmäßige Aufwendung in Höhe von 456.000,00 € wird im Haushaltsjahr 2022 genehmigt

Abstimmungsergebnis: 35:01:01

**8.33 Wirtschaftsplan 2023 des Städtischen Klinikums Dessau
Vorlage: BV/335/2022/V-SKD**

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.34 behandelt.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2023 und die Mittelfristplanung für die Jahre 2023 bis 2026 für den Eigenbetrieb Städtisches Klinikum Dessau wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:00:01

**8.34 3. Aktualisierung des Gesamtmaßnahmebeschlusses zur Errichtung
eines Ersatzneubaus der Betriebskindereinrichtung
Vorlage: BV/357/2022/V-SKD**

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.35 behandelt.

Beschluss:

1. Der bestehende Ausgabebedarf für die Baukosten von ca. 7.253.050 € wird um ca. 220.000 € erhöht und mit dem neuen Gesamtausgabebedarf i. H. v. ca. 7.473.050 € beschlossen.
2. Zur Finanzierung des Gesamtausgabebedarfs für den Ersatzneubau der Betriebskindereinrichtung des Klinikums wird von der Stadt Dessau-Roßlau zusätzlich ein einmaliger nicht rückzahlbarer Investitionszuschuss in Höhe von 6.000.000 € im Jahr 2023 zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

8.35 Neubesetzung von Ausschüssen
Vorlage: FV/023/2022/BÜRGER

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.36 behandelt. Sie wurde vom Stadtrat zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Auf Vorschlag der Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste werden folgende Ausschüsse neu besetzt:

Ausschuss für Gesundheit, Bildung und Soziales:

Stimmberechtigtes Mitglied: Christoph Kaßner

Betriebsausschuss Eigenbetrieb Dessau-Roßlauer Kindertagesstätten:

Stimmberechtigtes Mitglied: Christoph Kaßner

Betriebsausschuss Eigenbetrieb Stadtpflege:

Stimmberechtigtes Mitglied: Bastian George

8.36 Abberufung und Neuberufung von sachkundigen Einwohnern in Ausschüsse
Vorlage: FV/024/2022/BÜRGER

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.37 behandelt.

Beschluss:

1. Herr Christian Just, Fraktion DIE GRÜNEN, FDP, Neues Forum – Bürgerliste wird als sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Kultur und Sport abberufen.
2. Frau Josephine Taraschkewitz, Fraktion DIE GRÜNEN, FDP, Neues Forum – Bürgerliste wird als sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Kultur und Sport berufen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

8.37 Neuwahl eines Vertreters der Stadt Dessau-Roßlau für die Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg
Vorlage: FV/025/2022/BÜRGER

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.38 behandelt.

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau stimmt dem Rücktritt Herrn Dr. Klaus Keglers aus der Regionalversammlung der Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg zu.
2. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau wählt Herrn Guido Fackiner als neuen Vertreter in der Regionalversammlung Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg.
3. Die Geschäftsstelle der Regionalen Planungsgemeinschaft Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg wird über die Änderung informiert.

Abstimmungsergebnis: 36:01:00

8.38 Abberufung und Entsendung eines Mitglieds in den Aufsichtsrat der Industriehafen Roßlau GmbH
Vorlage: FV/026/2022/BÜRGER

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.39 behandelt.

Herr Geiger, fraktionsloses Stadtratsmitglied, betont die Wichtigkeit und Einzigartigkeit des Industriehafens für die Region. Aufgrund der derzeitigen Lage des Industriehafens hält er eine Änderung in der Besetzung des Gremiums für falsch und gefährlich. Des Weiteren weist er auf sein Fachwissen im Bereich der Logistik und Organisation als ausbildungsberechtigter Berufskraftfahrer hin. Stadtrat Geiger bittet um Ablehnung der Beschlussvorlage

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum - Bürgerliste, dankt Stadtrat Geiger für seine Arbeit in dem Ausschuss und betont, dass der gestellte Antrag seiner Fraktion keine Abstimmung über ihn darstellt. Er verweist auf die bisherige Praxis eines Vorschlagsrechts für derartige Aufgaben nach Fraktionsgröße. Aufgrund der Situation der Gesellschaft erachtet er eine Anbindung an die Gesellschafterversammlung, dem Haupt- und Personalausschuss, für sinnvoll. Stadtrat Fackiner bittet um Überstützung der bisherigen Praxis, auch wenn ein rechtlicher Anspruch nicht besteht.

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau beruft Herrn Marcus Geiger aus dem Aufsichtsrat der Industriefafen Roßlau GmbH ab.
2. Der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau entsendet Frau Silvia Koschig als neues Mitglied in den Aufsichtsrat der Industriefafen Roßlau GmbH.

Abstimmungsergebnis: 22:12:03

8.39 Rücktritt und Neuwahl eines stimmberechtigten Mitglieds des Jugendhilfeausschusses
Vorlage: FV/027/2022/BÜRGER

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.40 behandelt.

Beschluss:

1. Der Stadtrat stimmt dem Rücktritt von Herrn Tobias Nahlik zu.
2. Der Stadtrat wählt auf Vorschlag der Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum-Bürgerliste Frau Maura Schwander als stimmberechtigtes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis: 36:01:00

8.40 Antrag auf finanzielle Bezuschussung der Möbelbörsen in Dessau-Roßlau
Vorlage: FV/028/2022/SPD

Die Fraktionsvorlage wurde durch den Einreicher zurückgenommen.

8.41 1. Änderung der Abfallgebührensatzung
Vorlage: BV/427/2022/II-EB

Die Beschlussvorlage wird als Tagesordnungspunkt 8.15 behandelt.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:12 Uhr und stellt Nichtöffentlichkeit her.

Beschluss:

1. Der 1. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abfallentsorgung in der Stadt Dessau-Roßlau (Abfallgebührensatzung) gemäß Anlage 2 wird zugestimmt.
2. Die Anlage 1 der Abfallgebührensatzung (Gebührentarife) ab 2023 gemäß Anlage 3 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

11 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wird durch den **Vorsitzenden Herrn Rumpf** um 19:28 Uhr geschlossen.

Dessau-Roßlau, 02.02.23

Frank Rumpf
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer